

Der Freisinn FDP

Nr. 4
April 1986
8. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Langfristig tragendes Fundament fehlt

Die AHV vor schweren Zeiten?

Immer deutlicher zeigt es sich, dass der AHV ein langfristig tragfähiges Fundament fehlt. Aus falsch verstandenen politischen Rücksichtnahmen wird jedoch dieses brennende Eisen nicht angepackt. Darauf geht unser Beitrag ein:

Die Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV gilt gemeinhin als wichtigstes und zugleich grösstes Sozialversicherungswerk der Schweiz. Die im Jahre 1948 ins Leben gerufene und seither mehrmals revidierte AHV funktioniert nach dem sogenannten Umlageverfahren. Die Renten der heutigen AHV-Bezüger werden dabei in erster Linie direkt über die aktuellen Beiträge der Erwerbstätigen finanziert. Zusätzlich fliessen noch namhafte Mittel der öffentlichen Hand in die Kassen der AHV. Neben den laufenden Renten existiert, quasi als finanzielles Rückgrat, der sogenannte AHV-Ausgleichsfonds. Dieser sollte gemäss den Gesetzesbestimmungen mindestens eine Jahresausgabe der AHV decken, was aber seit 1978 nicht mehr der Fall ist.

Momentan erfreulich ...

Auf den 1. 1. 1986 sind die Renten um 4,3% erhöht worden, was Mehrausgaben in der Höhe von 630 Millionen Franken jährlich ausmacht. Der finanzielle Zustand der AHV scheint momentan recht erfreulich, können doch offenbar ohne grössere Probleme Rentenanpassungen finanziert werden, die über die Teuerung

hinausgehen. Da die Altersvorsorge aber von der Natur der Sache her ein ausgesprochen langfristig orientiertes Unternehmen ist, sind die diesbezüglichen Perspektiven von letztlich entscheidender Tragweite.

Im vergangenen Sommer erschien ein Expertenbericht, verfasst von vier Zürcher Professoren, der sich mit den künftigen Perspektiven der AHV befasst. Die Experten kommen zu einem wenig erfreulichen Schluss: Die AHV wird, beim heutigen Stand Mitte der 90er Jahre, spätestens aber um die Jahrtausendwende, in einen gefährlichen Finanzengpass geraten. Die Grundursache für diese Entwicklung ist in der beim Umlageverfahren relevanten Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung zu sehen. Auf Grund der steigenden Lebenserwartung sowie der während längerer Zeit leicht rückläufigen Geburtenrate ergibt sich eine zunehmende Überalterung der Bevölkerung. Mit anderen Worten ausgedrückt, verschiebt sich das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern konstant zu Ungunsten der erstgenannten Gruppe. Die Belastung der Erwerbstätigen

durch die AHV dürfte auf Grund dieser Verschiebungen bis ins Jahr 2000, beim gegenwärtigen Leistungsstand wohlverstanden, um rund einen Fünftel höher liegen als heute!

... bei unerfreulichen Perspektiven

Diese Problematik ist allerdings nicht neu, der Trend zur Überalterung der Bevölkerung ist schon seit längerer Zeit feststellbar. Wie nebenstehende Grafik zeigt, kann in diesem Zusammenhang von einer doppelten «Scherenbewegung» gesprochen werden. So wuchs die Zahl der ordentlichen Rentenbezüger seit dem Jahre 1969 wesentlich ausgeprägter an als jene der Erwerbstätigen. Noch stärker klafften in derselben Zeitperiode die Entwicklung der AHV-Ausgaben und jene der AHV-pflichtigen Lohnsumme auseinander. Grund hierfür war – neben der Überalterung – der massive Ausbau der AHV-Leistungen. Neben dieser sich in der Zukunft fortsetzenden Tendenz trägt noch ein zweiter Umstand zu den kommenden Finanzierungsproblemen bei: In absehbarer Zeit werden die ersten Rentensprüche von ehemaligen Fremdarbeitern auf die AHV zukommen, was mittelfristig zu erheblichen Mehrausgaben führen wird.

Diskutiertes Frauen-Rentenalter

Angesichts dieser mit Sicherheit eintretenden Probleme suchte die erwähnte Expertenkommission nach Korrekturmöglichkeiten. Innerhalb des bestehenden Umlageverfahrens ergeben sich im we-

Fortsetzung auf Seite 2

Gespräch mit dem neuen FDP-Fraktionspräsidenten

Bremi: «Freisinnige Positionen deutlicher markieren»

Zu Beginn dieses Jahres übernahm Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH) die Leitung der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung. Nach der Frühjahrssession, der ersten unter seinem Präsidium, stellte «Der Freisinn» dem neuen Fraktionschef einige Fragen.

Herr Nationalrat Bremi, was bedeutet es für Sie, Präsident der FDP-Fraktion der Bundesversammlung zu sein?

Die Fraktion hat mir eine schwierige Aufgabe übertragen. Aber Herausforderungen liebe ich und sehe in dieser Funktion einen Lustgewinn. Die Fraktion bietet allein schon ihrer Grösse wegen arbeitsmethodische Probleme.

Was reizt Sie denn so sehr?

Vorab die Tatsache, dass die Aufgabe und der Zeitpunkt schwierig sind. Mit 68 Mitgliedern ist die FDP-Fraktion nicht nur die grösste, sondern auch jene, in welcher die unterschiedlichen Standpunkte am ausgeprägtesten zum Ausdruck kommen.

Heisst das, dass Sie inskünftig die Zügel in der Fraktion straffer anziehen und auf eine grössere Geschlossenheit drängen werden?

Nein. Ich werde kein Präsident sein, der besonders auf äusserliche Geschlossenheit drängt. Die freisinnige Fraktion – und der Freisinn ganz allgemein – muss sich durch Überzeugungskraft auszeichnen. Wir werden mehr politische Intensität in der Auseinandersetzung suchen. Jedes Mitglied der Fraktion soll seine Meinung äussern und mit grösstmöglichem Engagement vertreten. Unsere Geschlossenheit muss mehr von innen kommen.

Das schliesst Konflikte nicht aus?

Sicher. Konflikte sind da, um ausgetragen zu werden. Unsere Eigenart besteht darin, dass wir über mehr ausgeprägte Persönlichkeiten verfügen, die ihre politische Haltung klar markieren können. Fraktionszwang ist bei uns Freisinnigen undenkbar. Konflikte können wir schon deshalb nicht ausweichen, weil wir politische Entscheide in Kenntnis der unterschiedlichen Standpunkte fällen wollen. Ich verspreche mir viel mehr von einer Intensivierung der Politik als von einem scheinbaren Konsens.

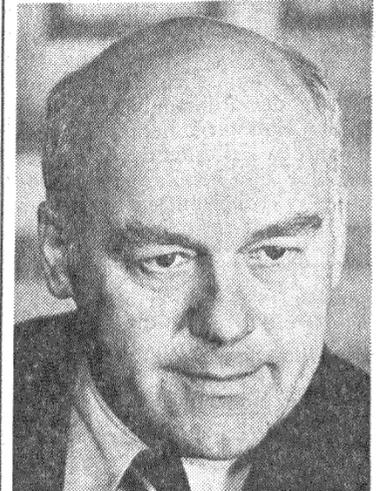
Vermindert die mangelnde Geschlossenheit nicht die Präsenz gegen aussen?

Präsenz gegen aussen heisst nicht Strammstehen, sondern, wie wir das in dieser Session mehrfach gezeigt haben, starken Auftritt durch gemeinsam gewonnene Überzeugungen. Ich bin mir bewusst, dass auf eidgenössischer Ebene – neben den beiden freisinnigen Mitgliedern der Landesregierung – die Fraktion das Aushängeschild der Partei ist. Sie hat das Parteiprogramm in die Praxis

umzusetzen. Aber auch hier sind mir intensive Farben lieber als Grau in Grau.

Provoziert das nicht Auseinandersetzungen mit der Partei?

Diese Möglichkeit ist nicht auszuschliessen, obwohl ich Auseinandersetzungen mit der Partei in dieser Form nicht suche. Die Diskussion und Erläuterung unterschiedlicher Standpunkte schadet dann nichts, wenn das Gespräch fair geführt wird und man sich letztlich dem Mehrheitsent-



scheid unterwirft. Im übrigen verstehe ich mich mit Parteipräsident Bruno Hunziker so gut, dass keine Differenzen entstehen werden.

Begeben Sie sich mit Ihrer Politik auf eine Gratwanderung?

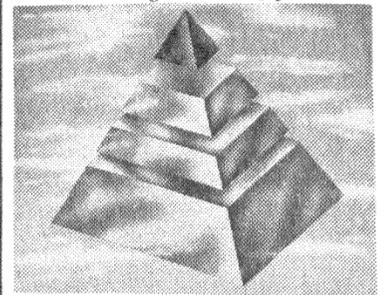
In den Bergen ist es auf dem Grat am schönsten. Ich möchte diese Gratwanderung auch mit

Fortsetzung auf Seite 4



Am 18./19. April findet in Montreux der diesjährige Parteitag der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) statt. Dazu sind neben den von den Kantonen fest gewählten Delegierten sämtliche Parteimitglieder (mit beratender Stimme) herzlich eingeladen. Das Detailprogramm finden Sie auf Seite 3. (Photo rut)

SKA Anlage-Service plus.



Wir leisten mehr, damit Sie an der Spitze sind.



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

Chance der Fernwärmeversorgung nutzen

Vernunft und Verpflichtung

Gemäss Rahmenbewilligung des Parlaments ist die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG verpflichtet, einen Teil an die Fernwärmeversorgung Basels beizutragen. Diese Verpflichtung ist ökologisch und versorgungspolitisch sinnvoll. Diese Meinung vertritt der freisinnige Aargauer Grossrat Ulrich Fischer, Direktor der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG.

Schon zu Beginn der siebziger Jahre wurden zwischen der Bauherrschaft des Kernkraftwerks Kaiseraugst und den Basler Behörden Gespräche über die allfällige Alimenterung des Basler Fernwärmesystems durch Wärme aus dem künftigen Kernkraftwerk geführt. Im Vordergrund stand das verständliche Interesse der Behörden, die Schadstoffbelastung der Region zu vermindern. Der künftige KKW-Betreiber unterbreitete zwischen 1974 und 1976 konkrete Vorschläge an die Fachkommission für die regionale Energieversorgung beider Basel.

Energiepolitisch sinnvoll

Die Kommission erarbeitete ihrerseits ein Leitbild für die Energieversorgung. Eine der vier Varianten sah den Einsatz von Fernwärme aus Kaiseraugst vor. Obschon diese Variante hinsichtlich Substitutionserfolg, betriebswirtschaftlicher Rentabilität und Schadstoffreduktion sehr gut abschnitt, verzichteten die Regierungen unter dem Vorwand möglicher Finanzierungsprobleme und ungewisser politischer Ausichten darauf.

Vorhandene Infrastruktur

Die Verantwortlichen des Kernkraftwerkes liessen jedoch ihrerseits die Idee nicht fallen – und siehe da: Der Bundesrat wandelte diese Bereitschaft in eine Auflage für den Bau um. Die eidgenössischen Räte bestätigten diesen Entscheid anlässlich der Genehmigung der Rahmenbewilligung. Zu den Hauptargumenten zählten neben den Kriterien des Umweltschutzes die bereits gut ausgebauten Fernheizungsinfrastruktur und die unbestrittene Forderung

der GEK nach Substitution (Verringerung der Erdölabhängigkeit).

Einfaches Konzept, regional angepasst

Auch direkt betroffene Organisationen der Basler Wirtschaft kamen im Rahmen ihres eigenen Energieberichtes 1984 zum Schluss, dass sich eine Einbindung von Kaiseraugst in das bestehende Fernwärmenetz sehr positiv auswirken würde. Dieses Netz umfasst heute schon rund 25 000 Wohnungen, also etwa die Hälfte des gesamten Wohnungsbestandes, sowie zahlreiche Spitäler und andere öffentliche Gebäude.

Vorgesehen ist, die Grundlast der Fernwärmeversorgung durch das Kernkraftwerk Kaiseraugst bestreiten zu lassen. Das bestehende Heizwerk Voltastrasse und andere Redundanzenanlagen, die Gas, Kohle, Erdöl und Kehrlicht verbrennen, würden nur noch für den Spitzenbedarf eingesetzt. An die Hauptleitung zwischen Kaiseraugst und Basel könnten zudem weitere Abnehmer, z. B. in Kaiseraugst, Pratteln und Muttenz, angeschlossen werden.

Ökologische Anliegen im Vordergrund

Die Projektabklärungen zeigen, dass mit dem Anschluss an Kaiseraugst jährlich gegen 280 000 t Heizöl, das sind rund 4 Prozent des gesamten schweizerischen Heizölverbrauchs, eingespart werden könnten. Ins Gewicht würde auch die Reduktion der Umweltmissionen fallen. So könnte der Ausstoss von Kohlendioxid CO₂ an die Umwelt um rund 800 000 t, derjenige von Kohlenmonoxid

CO um 50 bis 100 t und jener von Schwefeldioxid SO₂ um rund 1000 t jährlich vermindert werden. Diese Entlastung der Atmosphäre in der Region Basel ist um so willkommener, als es sich bei dieser Region um die gegenwärtig mit Schadstoffen am stärksten belastete der ganzen Schweiz handelt. Ökologisch von grosser Bedeutung ist auch die Reduktion der an die Umwelt abzuführenden Restwärme, die von rund 1800 MW auf rund 1400 MW, d. h. um über 20 Prozent, reduziert werden könnte.

Es kann sich nicht darum handeln, die ganze Schweiz nunmehr mit nuklearer Fernwärme zu versorgen. Vielmehr geht es darum, die in Kernkraftwerken anfallende Wärme dort zu nutzen, wo die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dies sinnvollerweise erlauben. Nach Errichtung des Kernkraftwerkes Kaiseraugst gehört die Region Basel zweifellos zu diesen Gebieten. Es ist dringend zu hoffen, dass diese einmalige Chance genutzt wird.

Lieber Leser

Kein Pardon für Zivilschutz-Verweigerer!

Ich beschäftige mich schon seit Jahren mit dem Problem der Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Wer – immerhin in einem Staat, dessen Verfassung mit den Worten «Im Namen Gottes, des Allmächtigen» beginnt – dem biblischen Gebot «Du sollst nicht töten» kompromisslos Folge leisten und deshalb nicht in eine bewaffnete Organisation eintreten möchte, vereinfacht die Dinge allzu sehr; es gibt auch die Forderung, die eigenen Angehörigen in der Not nicht im Stich zu lassen. Wer es als beschämend empfindet, dass die Menschheit immer noch nicht davon abgekommen ist, ihre Probleme mit Gewalt und Zerstörung zu lösen zu suchen, findet im Prinzip meine Zustimmung; nur erachte ich es als eine grosse Illusion, dass man dies durch persönliches Abstehtehen ändern könne. Ich bin nach wie vor von der Notwendigkeit der bewaffneten Landesverteidigung überzeugt; aber ich lehne es ab, die Andersdenkenden wie Verbrecher ins Gefängnis einzusperren, statt ihnen Gelegenheit zu geben, einen andern, nichtmilitärischen Dienst für die Gemeinschaft zu leisten. Dieser Ersatzdienst kann durchaus so ausgestaltet werden, dass er für bloss Drückeberger nicht attraktiv ist.

In neuerer Zeit machen auch die Verweigerer des Zivilschutzes von sich reden, und einige von ihnen wurden bereits zu Haftstrafen verurteilt. Der Zivilschutz tötet nicht, verletzt nicht, zerstört nicht und verbraucht auch nicht mehr Rohstoffe als irgendeine andere menschliche Tätigkeit; er dient ausschliesslich dazu, Menschenleben und Sachwerte vor kriegerischen und andern Zerstörungen zu retten. Deshalb erachte ich die Verweigerung des Zivilschutzes von vorneherein als unethisch. Wer den Zivilschutz deshalb verweigert, weil er mit dem geltenden Zivilschutz-Konzept nicht einverstanden ist, steht für mich auf derselben Stufe wie einer, der keine Steuern bezahlt, weil ihm gewisse Staatsausgaben nicht passen. (Ich persönlich missbillige unter anderem die mit öffentlichen Mitteln erfolgte Verunstaltung des Heuwaage-Platzes in Basel durch ein scheussliches modernes «Kunstwerk».) Die nicht bezahlten Steuererträge kann man dem Pflichtigen durch das Betriebsamt wegnehmen lassen. Die Zivilschutzleistung lässt sich nicht auf eine ähnliche Weise «einziehen». Aber man kann die Zivilschutz-Verweigerer dafür bestrafen, dass sie ihre Mitbürger im Stich lassen, und daran soll unbedingt festgehalten werden. Tilmann Wernle, Basel



Harsche Kritik an Videotex-Verordnung

Auf harsche Kritik ist in der Studiengruppe Medienpolitik der Freisinnigen Partei der Schweiz (FDP) der Entwurf für eine Videotex-Verordnung gestossen. Bemängelt wurde vor allem die ausschweifende Reglementierung und deshalb die Forderung nach Abwurf von unnötigem und überperfektionisti-

Fortsetzung von Seite 1

sentlichen drei Varianten. Erstens eine Vermehrung der Einnahmen durch höhere Beiträge der Versicherten. Diese Möglichkeit erscheint angesichts der in den vergangenen Jahren ohnehin stark angestiegenen Belastung durch Steuern und Sozialabgaben allerdings sehr problematisch. Zweitens eine Reduktion der Leistungen, was aus naheliegenden Gründen wohl wegfällt. Drittens schliesslich eine Heraufsetzung des Rentenalters beziehungsweise eine Anhebung der Schwelle für die Frauen, mit dem Ziel einer Angleichung des Rücktrittsalters beider Geschlechter. Diese dritte Variante ist zweifellos die naheliegendste, ist doch nicht einzusehen, warum die Frauen mit der bedeutend höheren Lebenserwartung als die Männer um Jahre früher pensioniert werden.

Keine Lust an unpopulären Massnahmen

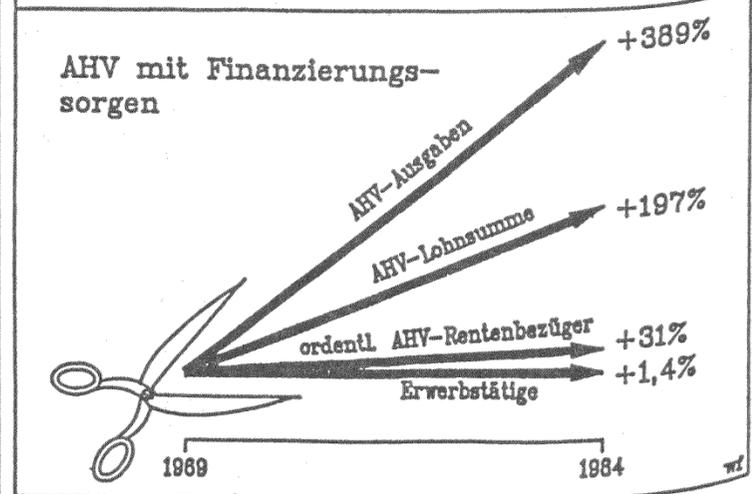
In der aktuellen politischen Landschaft ist momentan aber wenig Lust zu solch unpopulären Massnahmen zu verspüren. Offenbar sind die Probleme heute zu wenig spürbar, sie schmerzen noch nicht. Stellt man aber das üblicherweise sehr langwierige Gesetzgebungsverfahren in Rechnung, so müssen die entsprechenden Massnahmen heute eingespeist werden, damit in 10 Jahren ein zweckmässiges Instrumentarium zur Handhabung der dann zumal mutmasslich zu erwartenden Situation vorhanden ist. Werden die absehbaren Probleme rechtzeitig, das heisst heute, erkannt und die entsprechenden Konsequenzen daraus gezogen, so kann die AHV zweifellos noch auf ein auch langfristig tragfähiges Fundament gestellt werden. Gelingt dies nicht, stehen dem grössten Sozialwerk unseres Landes schwere Zeiten bevor.

Zunehmende «Alterslast»

Die Bevölkerung der Schweiz altert zusehends. 1920 betrug der Anteil der über 64jährigen Personen an der Wohnbevölkerung 5,9%, 1950 waren es bereits 9,6%, und gegenwärtig liegt die Rentnerquote bei 14%. Diese Entwicklung bedeutet eine zunehmende finanzielle Belastung für die erwerbstätigen Generationen, d. h. das Verhältnis zwischen der Rentnerzahl und der 15-64jährigen Wohnbevölkerung, von 14,4% im Jahre 1950 auf 20,5% erhöht. Gemäss den vorliegenden Bevölkerungsprojektionen wird diese «Alterslast» künftig in noch stärkerem Ausmass zunehmen; unter Annahme mittlerer Fruchtbarkeitsziffern hat das Bundesamt für Statistik Altersquoten von rund 250 für das Jahr 2000 und von 36% für das Jahr 2025 errechnet – das sind Werte, die deutlich über dem Durchschnitt der Industrieländer liegen.

Zwar steht der steigenden «Alterslast» bis in die 90er Jahre eine eher sinkende oder zumindest stabile «Jugendlast» gegenüber, doch kann die Gesamtbelastung der Erwerbstätigen selbst in den kommenden Jahren anwachsen: Erstens wiegt die «Alterslast» (Altersvorsorge, Krankheitskosten) schwerer als die «Jugendlast» (Erziehung, Ausbildung), zweitens sind im Bereich der Sozialversicherungen weitere reale Leistungs- bzw. Kostensteigerungen zu erwarten, und drittens nimmt der Anteil der tatsächlich Erwerbstätigen an der 15-64jährigen Bevölkerung (d. h. die Erwerbsquote) tendenziell ab – ein dreifaches Handicap für alle jene, die den Sozial- und Wohlfahrtsstaat finanziell tragen.

Die AHV-Schere



schem Ballast in den Bestimmungen erhoben. Auf unmissverständliche Ablehnung stiessen die im Entwurf den PTT zugeschnittenen Wettbewerbsvorteile. Die freisinnige Studiengruppe verlangt die Beschränkung der Verordnung auf die durch die PTT einzurichtenden öffentlichen Dienste und lehnt eine Ausdehnung auf den privaten Bereich ab.

Für die Studiengruppe beinhaltet der Entwurf durch das direkte Engagement der PTT im Privatbereich nicht nur die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen, sondern tangiert auch die Meinungsfreiheit, da das Informationsangebot durch eine staatliche Stelle bestimmt würde. Eine Perspektive, welche von der Studiengruppe aus liberaler Sicht abgelehnt wird. Sie ist deshalb der Ansicht, dass das Betreiben von Datenbanken Privaten vorbehalten werden muss. Entschieden tritt sie dem Versuch entgegen, mittels des technischen Monopols der PTT eine Inhaltskontrolle von Datenbanken durchzuführen.

Auf heftige Kritik stiess in der Studiengruppe die Tatsache, dass die PTT beauftragt wurde, obwohl sie in dieser Frage Partei ist, gesetzgeberisch tätig zu sein und das Vernehmlassungsverfahren auszuwerten. Sie erwartet, dass die elementaren Spielregeln der Gewaltentrennung respektiert werden.

Die Studiengruppe ist gegenüber Videotex positiv eingestellt. Sie sieht darin eine Möglichkeit, bestehende Informationen rascher und weniger kostenintensiv abzurufen, was zu einem verbesserten Informationsstand in der ganzen Schweiz führt, wovon auch kleinere und mittlere Unternehmen und insbesondere auch solche in Randregionen profitieren können.

Ja zu Bahn 2000 und Leistungsauftrag 1987

Das Konzept Bahn 2000 wird wie der Leistungsauftrag 1987 vom Ausschuss für Verkehrspolitik der Freisinnigen-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) begrüsst. Es geht dabei um Entscheide aus gesamtwirtschaftlicher und umweltschutzpolitischer Sicht. Mit dem Konzept der Bahn 2000 wird der öffentliche Verkehr in die Lage versetzt, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Die mit dem Leistungsauftrag 1987 und dem vorgesehene Trennung des markt- und gemeinwirtschaftlichen Bereichs der SBB erhöht die Transparenz des Unternehmensgeschehens.

Der von Nationalrat Dr. Franz Eng (Günsberg SO) präsidierte Ausschuss liess sich durch Dr. Hans Meiner, wissenschaftlicher Adjunkt bei der SBB-Generaldirektion, über die beiden Vorhaben orientieren. Mit diesem Programm wird nach Ansicht des Ausschusses die SBB in die Lage versetzt, die ihr übertragene Aufgabe besser und kostengünstiger zu lösen. Hervorgehoben wurde, dass der Leistungsauftrag 1987 weiterhin einen markt- und unternehmerwirtschaftlichen Bereich unterteilt. Dem Ausschuss erscheint es zweckmässig, die finanzielle Verantwortung für die Infrastrukturaufwendungen der SBB; diese müssen daran ihren Beitrag leisten. Die beiden vom Bundesrat dem Parlament unterbreiteten Vorlagen befinden sich, wie im freisinnigen Gremium festgehalten wurde, in Übereinstimmung mit dem von den vier Bundesratsparteien ausgearbeiteten Programm zur Förderung des öffentlichen Verkehrs.

Urnenentscheide schützen

Motion der FDP-Fraktion der Bundesversammlung

Die Bundesversammlung soll die gemäss Geschäftsverkehrsgesetz angesetzten Behandlungsfristen für Initiativen maximal verdoppeln können, wenn ein Volksbegehren den gleichen Wortlaut oder die gleiche Zielsetzung verfolgt wie eine Initiative, über die noch nicht abgestimmt worden ist oder über die Volk und Stände innerhalb der letzten zwei Jahre entschieden haben. Dies fordert in einer Motion die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung (Sprecher: Nationalrat Paul Wyss, BS). Ein gleichlautender Vorstoss wurde in der kleinen Kammer von FDP-Ständerat Otto Schoch (AR) eingereicht. Mit ihrer Motion will die freisinnige Fraktion Urnenentscheide für eine gewisse Zeit schützen, ohne dass das Recht, Initiativen zu lancieren, eingeschränkt wird.

Ausserer Anlass für den freisinnigen Vorstoss ist die in letzter Zeit festzustellende Tendenz, dass unterlegene Initianten klare Entscheide von Volk und Ständen nicht mehr anerkennen und unmittelbar nach – oder sogar vor – dem Urnengang neue Initiativen mit gleicher oder ähnlicher Stossrichtung lancieren. Auf diese Weise wird nach Ansicht der freisinnigen Frak-

tion die rechtsstaatlichen Demokratie ausgehöhlt. Die gleiche Problematik stellt sich, wie in der Begründung des freisinnigen Vorstosses festgehalten wird, bei der erneuten Vorlage von durch den Souverän oder das Parlament verworfenen Anträgen des Bundesrates oder von durch die eidgenössischen Räte abgelehnten Vorstössen von Parlamentariern.

Der freisinnige Vorstoss bringt keine Karenzfrist für Initiativen, wie sie in einigen Kantonen bereits bekannt ist und in einem vom Bundesrat abgelehnten, von 115 Mitunterzeichnern eingereichten Postulat von Nationalrat Wyss (FDP, BS) gefordert wurde. Er tangiert die Volksrechte nicht. Jedoch soll die Bundesversammlung die Möglichkeit erhalten, die Behandlungsfristen nach Einreichung der Initiativen zu verlängern.

Gemäss den geltenden Bestimmungen des Geschäftsverkehrsgesetzes hat die Bundesversammlung über Initiativen in der Form der allgemeinen Anregung innert dreier Jahre nach deren Einreichung Beschluss zu fassen. Weist das Volksbegehren die Form eines ausgearbeiteten Entwurfs aus, beträgt die Behandlungsfrist vier Jahre.

FDP-Fraktion gegen verfehlten Presseförderungsartikel

Loretan: «Kein Landwirtschaftsgesetz für die Presse»

Unmissverständlich deutlich hat sich der Nationalrat gegen das Projekt eines Presseförderungsartikels in der Bundesverfassung ausgesprochen. Auch die FDP-Fraktion der Bundesversammlung hatte sich immer gegen das entsprechende Vorhaben gewandt. Die Haltung der Fraktion erläuterte in der grossen Kammer Nationalrat Willy Loretan (Zofingen AG). Nachstehend ein Auszug aus seinen Ausführungen:

Anders als das «Waldsterben» hat sich das «Zeitungssterben» in der schweizerischen Presselandschaft in den letzten 10 Jahren weitgehend stabilisiert. Unser Land verfügt nach wie vor über eine beachtliche Vielfalt an Pres-



seerzeugnissen, wobei rein zahlenmässig die lokalen und regionalen Blätter dominieren, wie es eben Abbild unserer vielfältigen, föderalistischen Strukturen ist. Es ist Sorge zu tragen, dass dieser Zustand aufrechterhalten werden kann.

Vielfalt in der Presse

Regionale oder lokale Vormachtstellungen einzelner Presseerzeugnisse wirken sich auf die politische Meinungs- und Willensbildung kaum negativ aus, weil an die Stelle der Vielfalt von Zeitungen in diesem Falle die Vielfalt in der Zeitung tritt. Die Gefahr für die Vielfalt der Presse, speziell im lokalen und regionalen Bereich, kommt aus einer ganz anderen Ecke als von monopolträchtigen grösseren Zeitungen. Die Hauptgefahr lauert in den elektronischen Medien, Radio und Fernsehen, dies besonders dann, wenn die wirtschaftliche Basis lokaler und regionaler Programme in der Werbung gefunden werden muss. Auf diesem Gebiet hat bekanntlich der Bund das Sagen bereits. Er ist es, der zum Beispiel die für Werbung zur Verfügung stehenden Sendezeiten festlegt, und Bundesrat und Verwaltung bestimmen über die Handhabung des sogenannten Branchenverbotes.

Für bessere Rahmenbedingungen

Der Bund soll die gegenwärtig für die Presse gesetzten Rahmenbedingungen aufrechterhalten und

Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
**Unsere Stärke
grüne Werke**

verbessern. Erstens die Verbilligung der Transporttaxen für Zeitungen und Zeitschriften: eine der gut eingespielten Bundesmassnahmen zugunsten einer freien und vielfältigen Presse, im Ausmass von jährlich 225 Millionen Franken. Das Parlament hat es durchgesetzt, dass zweitens die Nachvertragung der sogenannten eiligen Zeitungen durch eine Nachmittagszustellung erhalten bleibt. Diese zwei bewährten Massnahmen bringen viel mehr als eine fragwürdige Förderungs-

kompetenz und deren spätere bürokratische Auswüchse.

Keine Staatskontrolle

Unsere Presse braucht weder Subventionen noch Presseschutz- und Presseförderungsartikel, die erfahrungsgemäss immer mit Kontrollmechanismen angereichert sind. Wir brauchen kein «Landwirtschaftsgesetz für die Presse». Staatliche Förderungsmassnahmen, geschähen sie nun direkt durch Subventionszahlungen oder indirekt durch anderswie gearbete staatliche Förderungsmassnahmen, würden letztlich zur Aushöhlung der in der Bundesverfassung gewährleisteten Pressefreiheit führen.

Die Geschichte des schweizerischen Subventionswesens beweist es eindrücklich: Kein Bundesfranken rollt in begehrtlich ausgestreckte Hände, ohne dass früher oder später ein Schnürchen oder ein Seil die empfangenden Hände auf den Rücken des Beschenkten bindet! Das Echo in der schweizerischen Presselandschaft zeigt im übrigen, dass nur sehr wenige derjenigen, die mit dem von der Kommission vorgeschlagenen Presseförderungsartikel bedacht werden sollen, diese Hilfe begeistert beklatschen.

Wirtschaftsspionage und illegaler Technologietransfer

Geschäft und nationale Interessen

Die Schweiz ist unverändert intensiven Spionageaktivitäten im Bereich Wirtschaft und Wissenschaft vor allem seitens der Ostblockländer ausgesetzt. Diese Feststellung macht auch der Bundesrat in Beantwortung einer von FDP-Nationalrat Dr. Peter Spälti (Hettlingen ZH) eingereichten Interpellation. Dieser nimmt zur Antwort der Landesregierung wie folgt Stellung:

In meinem Vorstoss hatte ich mich nach Massnahmen erkundigt, um die geltenden Ausfuhrrestriktionen effizienter durchzusetzen und vermehrte Massnahmen zur Bekämpfung des illegalen Technologietransfers verlangt. Mit seiner Antwort bestätigt der Bundesrat, dass die Wirtschaftsspionage auch für unser Land eine ernst zu nehmende Gefahr und Bedrohung darstellt.

Die Schweiz als Drehscheibe

Über weitverzweigte Firmennetze wird legal aus den USA und anderen hochindustrialisierten Ländern modernste Technologie ausgeführt und über andere Länder



und die Schweiz in Staaten des Ostblocks geschafft. In der Schweiz konnten solche Güter auch über die Zollfreilager laufen, wo sie «neutralisiert» wurden, d. h. als weder ein- noch ausgeführt galten und nach Bestimmungsländern umgeleitet werden konnten, welche die Ursprungsländer mit Lieferungsverbot belegt haben. Die nun in der Schweiz intensivierten Kontroll- und Überwachungstätigkeiten sowie die auf Anfang 1986 vom Bundesrat getroffenen Massnahmen, so das beschränkte Durch-

fuhrverbot, sollen dazu beitragen, Umgehungsgeschäfte über die Schweiz zu verhindern und damit eine Abschreckungswirkung zu erzielen, ohne die Wirtschaft mit zusätzlichem, administrativem Verwaltungsaufwand zu belasten und den Güterfluss an den Grenzen zu beeinträchtigen.

Beeindruckendes «Einsparungs»-Potential

Die Anstrengungen der Sowjetunion und ihrer Satelliten sind beeindruckend. Der daraus geschätzte Gesamtnutzen soll sich

FDP-Fraktion begrüsst nationalrätliche Asylgesetz-Beschlüsse

Voraussetzungen zum Handeln gesetzt

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung begrüsst die Beschlüsse des Nationalrates bei der Asylgesetzrevision. Dies hielt die Fraktion in einer Pressemitteilung nach Abschluss der Beratungen in der grossen Kammer fest:

Mit den Entscheiden der Volkskammer wurde die Voraussetzung geschaffen, dem Bundesrat die rechtliche Handhabe zur Lösung dieser Problematik ohne Abstriche am zentralen Flüchtlingsbegriff zu geben. Die Mehrheit der grossen Kammer hat damit sowohl die von der zuständigen Departementschefin, Bundesrätin Elisabeth Kopp, vertretene Haltung unterstützt wie auch den Willen dokumentiert, eine humane, auf liberale Tradition beruhende Asylpolitik weiterzuführen.

Nach Meinung der FDP-Fraktion ist dem Bundesrat im Asylbereich mehr Handlungsfreiheit einzuräumen, Missbräuchen – wie beispielsweise dem Schlepperunwesen – den Riegel zu schieben sowie das Verfahren zu vereinfachen. Dies alles im Bestreben, wirklich politisch Verfolgten weiterhin Asyl gewähren zu können.

Die FDP-Fraktion bedauert, dass sich nicht alle im Bundesrat vertretenen Fraktionen einhellig auf die getroffene Linie einigen konnten. Insbesondere die SP, aber auch ein Teil der CVP-Fraktion wich davon ab. Ihre Vertreter reichten Vorschläge ein, die auf eine Verwässerung der Zielsetzungen der Revision hinausliefen. Nach Ansicht der FDP-Fraktion

hat sich die Mehrheit des Rates durch diese Anträge nicht beirren lassen, welche die Kompetenzen und Beweglichkeiten der Behörden beim Gesetzesvollzug sowie bei der Bekämpfung von Asylmissbräuchen einschränken wollten.

Die FDP-Fraktion versteht das Asylrecht als ein Recht des Staates für Gewährung von Hilfe in individuellen Notlagen, wobei der Asylbewerber bestimmte, im Gesetz umschriebene Voraussetzungen erfüllen und bei der Gesetzesanwendung auf die Aufnahmefähigkeit des Landes Rücksicht genommen werden muss. Ebenso ist sicherzustellen, dass das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer nicht durch den Missbrauch des Asylgesetzes umgangen wird.

Die FDP-Fraktion stellt nach den Beschlüssen der grossen Kammer erneut mit Bedauern fest, dass die Asylgesetzrevision nicht in der laufenden Session von beiden Räten behandelt wurde. Obwohl das zuständige Departement unter Leitung von Bundesrätin Kopp bereit war, erleidet die Revision durch den Beschluss der ständerätlichen Kommission, die Vorlage erst in der Juni-Session zu behandeln, eine unnötige Verzögerung.

auf über 2,5 Milliarden Franken im Jahr oder nach Schätzungen des amerikanischen Verteidigungsministeriums auf bis heute über 50 Milliarden Franken belaufen. Damit werden neben der eigentlichen illegalen Gewinnung von Spitzentechnologie aus dem Westen, im Ostblock enorme Einsparungen im Bereich Forschung und Entwicklung erzielt.

Die Benutzung des schweizerischen Territoriums als Plattform für Umgehungsgeschäfte ist neu-

traltätspolitisch höchst fragwürdig. Die Vertrauenswürdigkeit der Schweiz als Adressat exportbewilligungspflichtiger hoher Technologie leidet entsprechend. Auch besteht die Gefahr, dass unserem Land Importe von Hochtechnologieprodukten unterbunden werden, was unserer Industrie und damit unserer Konkurrenzfähigkeit und letztlich der schweizerischen Volkswirtschaft beträchtlichen Schaden zufügen würde.

Bundesrat traf richtigen Entscheid

Es sind in der Schweiz in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen getroffen worden, um der Wirtschaftsspionage und dem illegalen Technologietransfer entgegenzuwirken. So besteht ein System zur Überwachung der ausfuhrstrategisch wichtigen Güter, die von unseren Lieferantenländern mit Exportbeschränkungen belegt werden. Die Kontrollen an der Grenze werden nun verstärkt. Die erwähnten Möglichkeiten für die Anordnung beschränkter Durchfuhrverbote stellen einen bedeutenden Schritt zur Schliessung der Transitlücke dar. Es gilt nun, die Einhaltung und Durchsetzung der bestehenden Vorschriften wirkungsvoll zu kontrollieren.

Der Wettlauf um Hochtechnologie wird unvermindert weitergehen. Es heisst, vermehrt wachsam zu sein. Sicherheits- und wirtschaftspolitische Gründe verlangen dies zwingend. Die Bestätigung des Bundesrates, dass die Schweiz als Drehscheibe für den illegalen Technologietransfer nicht missbraucht werden darf, und die getroffenen Massnahmen sind die richtigen Schritte, um unsere eigene Wirtschaft und Industrie zu schützen, aber auch um die Sicherheit des Westens zu fördern. Die entschiedene Haltung des Bundesrates wird ihre Wirkung auch im Ausland nicht verfehlen.

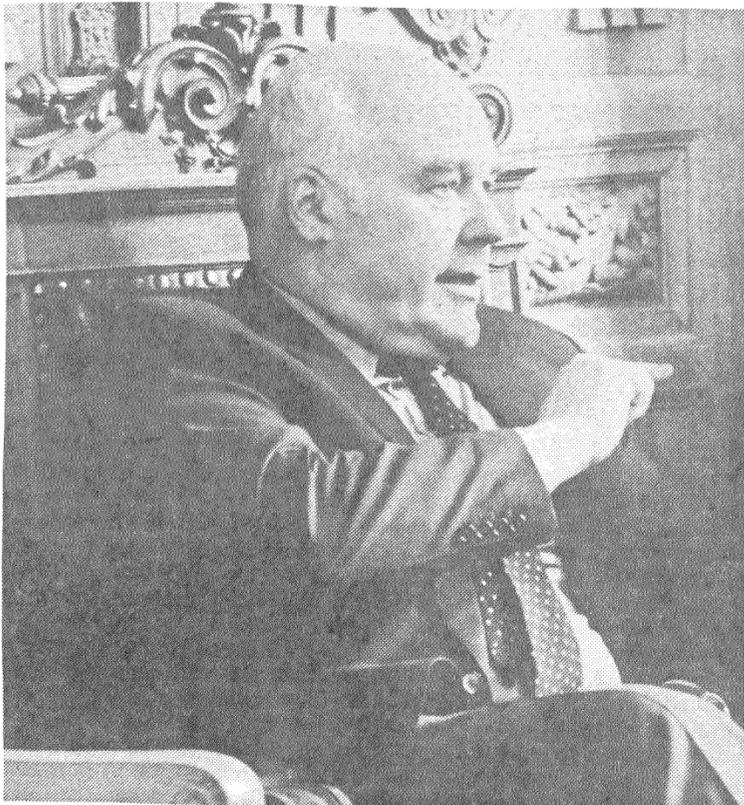
FDP-Parteitag 1986 in Montreux

Freitag, 18. April, 14 Uhr 15, Casino

1. Begrüssung durch den Parteipräsidenten
2. *Stand der Programmrealisation*
Referent: Ständerat Prof. Dr. Rico Jagmetti
3. Ansprache von Bundesrat J.-P. Delamuraz:
«Bürger und Staat»
4. *Aussprache über die Weiterführung der Arbeiten an der Totalrevision der Bundesverfassung*
Referenten:
– Ständerat Prof. Dr. Rico Jagmetti (pro)
– Ulrich Pfister (Entwurf FDP 1979)
– Nationalrat Pascal Couchepin (contra)
Podiumsgespräch unter Leitung von alt Nationalrat Pier-Felice Barchi
Teilnehmer:
– Dr. Verena Büchler (pro)
– Prof. Dr. Peter Tschoop (pro)
– Peter Clavadetscher, Direktor SGV (contra)
– Christine Höchner (contra)
Diskussion

Samstag, 19. April, 9 Uhr, Casino

1. *Kurzkommentar zum Jahresbericht*
von Hans Rudolf Leuenberger, Generalsekretär
2. *Aussprache über die Asylpolitik*
Die Asylpolitik des Bundesrates: Situationsanalyse von Bundesrätin Elisabeth Kopp
Thesen der FDP der Schweiz: Erläuterung durch Nationalrat Dr. Hans Georg Lüchinger
Podiumsgespräch unter Leitung von Nationalrat Jean-Jacques Cevey
Teilnehmer:
– Peter Arbenz, Delegierter des Bundesrates für Flüchtlingsfragen
– Brigitte Lauffer,
Kirchenrätin der ev.-ref. Landeskirche des Kantons Zürich
– René Müller, Grossrat
– Dr. Walter Schmid, Leiter der Schweiz. Zentralstelle für Flüchtlingshilfe
– Françoise Saudan, Präsidentin der FDP des Kantons Genf
– Nationalrat Franz Steingger
– Arnold Schaeffer, Grossrat (Vigilant)
Allgemeine Aussprache und Beschlussfassung über Thesen
Schluss der Delegiertenversammlung etwa 13 Uhr.
Alle Parteimitglieder sind (mit beratender Stimme) herzlich zur Teilnahme eingeladen. Detailprogramme sowie Anmeldeformulare sind beim Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38, anzufordern.



Fortsetzung von Seite 1

der Fraktion unternehmen. Eine Zerreißprobe befürchte ich keineswegs. Denn dort, wo es sie gibt, ist sie nicht auf Konflikte, sondern auf ihre Verdrängung zurückzuführen. Und ich wiederhole: Ich will die Auseinandersetzung, die Diskussion, die Markierung von Positionen.

Die freisinnige Fraktion will also mehr Flagge zeigen?

Jawohl. Der Bürger hat ein Anrecht zu wissen, wie sich die freisinnige Fraktion nach erfolgter Aussprache entschieden hat, wie ihre Mitglieder votiert haben. Ich will aber auch wieder mehr Flagge zeigen, weil die jüngsten Wahlen gezeigt haben, dass die Wähler mehr Ehrlichkeit der politischen Aussage und der politischen Exponenten verlangen. Auch in Bern soll man Wasser als Wasser und Wein als Wein bezeichnen.

Worauf führen Sie diese Entwicklung zurück? Warum dieser Vertrauensverlust beim Wähler?

Ich sehe primär zwei Gründe. Zum einen haben wir Politiker – und da schliesse ich mich – in den letzten Jahren allzuoft den Eindruck erweckt, für alle Probleme ein Patentrezept zu haben. Wir haben uns in der Euphorie

der Hochkonjunkturjahre allzu sehr in Konzepte geflüchtet, statt Aufgaben zu lösen. Zum andern sind das Verlangen des Wählers nach Schutzmassnahmen und seine Sorge um die Zerstörung der Umwelt unverkennbar. Der Wähler sucht wieder Heimat, Geborgenheit, Sicherheit. Ebenso spürbar ist seine Angst vor Experimenten und Fremdem.

Vertrauen zurückgewinnen lässt sich ja wohl nur mit einem stärkeren Engagement?

Sicher. Mehr Bürgernähe verlangt mehr Zeitaufwand. Aber Bürgernähe ist nicht nur eine Frage der Zeit. Sie kann auch durch eine klare, ehrliche Politik mit durchsichtigen Entscheiden wieder hergestellt werden. Unsere Fraktion wird sich vermehrt bemühen müssen, dem Wähler ihre Politik zu erklären, sie ihm verständlich zu machen; ihm aber auch zuzuhören.

Was ist das Fazit Ihrer ersten Session als Fraktionschef?

Die Fraktion hat mir den Start leichtgemacht. Es ist uns gelungen, was ganz in unserer Zielrichtung liegt, unsere Entscheide klar darzulegen. Inskünftig wird es vor allem auch darum gehen, dass wir unsere Haltung nicht nur im Parlament zum Ausdruck bringen, sondern auch dem Stimmbürger und vor allem natürlich

dem freisinnigen Wähler verständlich machen. Denn gerade letzterer hat Anrecht zu wissen, wie und warum wir Freisinnigen uns entschieden haben.

Geht unter Ihrer Führung die freisinnige Fraktion vom Slogan der Partei, «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat», ab?

Nein; sicher nicht. Und ich darf da Frank A. Meyer zitieren, der auf kritische Äusserungen gegenüber diesem Slogan jüngst festhielt: «Muss der staatskritische Geist zurück in die Flasche? Nein, denn es ist kein Ungeist.» Ich kann diese Aussagen voll unterstützen. Wir Freisinnigen werden auf dieser Linie weiterfahren. Wir werden aber versuchen müssen, unseren Slogan den veränderten Zeitumständen anzupassen. Wir sagen ein deutliches Ja zu diesem Staat, den unsere Verfahren gegründet haben. Und wir werden auch in Zukunft nie Nein zu ihm sagen. Der Liberale braucht, wie ein Fussballspieler, das Standbein des Staates und das Spielbein der Handlungsfreiheit. Ohne dauernde kritische Überprüfung des Verhältnisses zum Staat geht es nicht. Wir Freisinnigen werden Antworten auf die Herausforderung unserer Zeit suchen.

Zeitlich dynamisierte Brief-Demokratie? Oder wie das EFD die Volksmeinung ermittelt

Die vor allem vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) in jüngster Zeit geführte «Gut-Wind-Kampagne» zugunsten des vom Bundesrat lancierten Fiskal-«Coups» hat den freisinnigen Nationalrat Kaspar Villiger (Pfeffikon LU) zu einer allerdings nicht eingereichten einfachen Anfrage herausgefordert:

«Die klassische Form der demokratischen Feststellung der Volksmeinung ist die Volksabstimmung. Der damit verbundene beachtliche Aufwand hat schon vor geraumer Zeit zu Tendenzen geführt, das wesentlich einfachere und dank wissenschaftlicher Fundierung präzisere Instrument der repräsentativen Umfrage anstelle der Volksabstimmung einzusetzen. Wegen der konservativen Grundhaltung unseres Volkes und wegen der beachtlichen Honoraransätze der demoskopischen Institute vermochte die

Umfrage die Volksabstimmung nicht gänzlich abzulösen.

Nun scheint das Eidgenössische Finanzdepartement eine durch instrumentale Eleganz und Kostengünstigkeit bestehende neue Lösung im Zusammenhang mit der Heizölzoll-Erhöhung gefunden zu haben. Die täglich eintreffenden Briefe besorgter Bürger werden präzise in positive und negative eingeteilt, und die Ergebnisse werden publiziert. Neben der vorbildlichen Repräsentativität hat das Verfahren den Vorteil, dass es auf administrativ einfache Art auch die täglichen Schwankungen der Volksmeinung misst. Damit wird die Demokratie zeitlich dynamisiert.

Ich frage den Bundesrat an, ob er seinen Entscheiden in Zukunft mit diesem Verfahren eine breitere demokratische Grundlage geben will und ob er auch bereit ist, die einschlägigen Zahlen im Sinne eines täglichen

PLO-Büro in Genf schliessen?

Sollen der Sitz der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in Genf und das libysche Volksbüro in Bern geschlossen werden? Diese Frage stellt in einer Interpellation Nationalrat Ernst Cincera. Der freisinnige Zürcher Parlamentarier begründet seinen Vorstoss damit, dass eine erneute Zunahme des internationalen Terrorismus festzustellen sei und einzelne Verbindungen und Kurierlinien des palästinensischen Terrorismus durch die Schweiz führten.

Nationalrat Cincera will im weiteren Auskunft darüber, ob die heute zur Verfügung stehenden Mittel zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus in der Schweiz genügen. Nach seiner Ansicht kann der Kampf gegen diese neue Bedrohungsform nur dann erfolgreich sein, wenn jedes Land seine besondere Verantwortung trägt und alle zumutbaren Massnahmen zur Abwehr trifft, auch wenn es selber nicht Angriffsziel ist.

Kennen Sie ihn?

Den praktischen FDP-Windblouson? Er begleitet Sie überall hin. Denn er kann auf kleinstem Raum zusammengerollt werden und findet in seiner eigenen Tasche Platz. Ein Elastic-Traggurt macht das Ganze wirklich perfekt. Der FDP-Windblouson eignet sich auch als Not-Regenschutz.

Senden Sie mir von den FDP-Windblousons à Fr. 20.– (plus Anteil Porto und Verpackung):

- Stück Grösse S (schmal)
- Stück Grösse M (mittel)
- Stück Grösse L (gross)
- Stück Grösse XL (extra gross)

Name _____

Adresse _____

PLZ/Wohnort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Projektentwicklung, Bauherren-Treuhand.

Es lohnt sich, bauliche Investitionen sorgfältig zu betreuen. Jedes Bauvorhaben bringt deshalb für den Bauherrn auch eine erhebliche Investition an eigener Zeit mit sich. Zu Ihrer Entlastung stellen wir Ihnen einen erfahrenen Fachmann als Auftragsleiter zur Verfügung, als Ihr Geschäftsführer «auf Zeit» für das Bauvorhaben.

Unser Fachmann – Ihr Geschäftsführer «auf Zeit»



SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
LIEGENSCHAFTEN
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich,
Telefon 01/316 13 10

DAS EXCLUSIVE Partnerwahlinstitut für ANSPRUCHSVOLLE

Überregional/International

Introduction

Frau M. Th. Kläy
Neuengasse 45, 3001 Bern
Tel. 031 22 21 12

Wir senden Ihnen Unterlagen
Kein Vertreterbesuch
Gegründet 1956

Institut du Chêne

Biel, Telefon (032) 22 60 61
Die einstündige Massage für anspruchsvolle Kunden.
FDP-Mitglied

Der ist nicht wert des Weines, der ihn wie Wasser trinkt

Bodensted

Viel Liebe und Sorgfalt steckt in jedem Tropfen Wein. Die harte Arbeit des Weinbauern und die unumschränkte Sorgfalt des Kellermeisters drücken jeder Flasche guten Weines den unverkennbaren Stempel auf. Drum ist es wirklich schade, wenn ihn jemand wie Wasser trinkt.

Zum Glück aber gibt es weitaus mehr echte Weinfreunde, die den guten Tropfen sehr zu schätzen wissen. Und all jenen gilt unsere Arbeit für den Wein, die durch langjährige Erfahrung geprägt ist. Seit über 200 Jahren beschäftigt sich unser Haus mit der Pflege der Weine, und von Generation zu Generation wird das liebevolle Verständnis für dieses herrliche Naturgut weitergegeben.

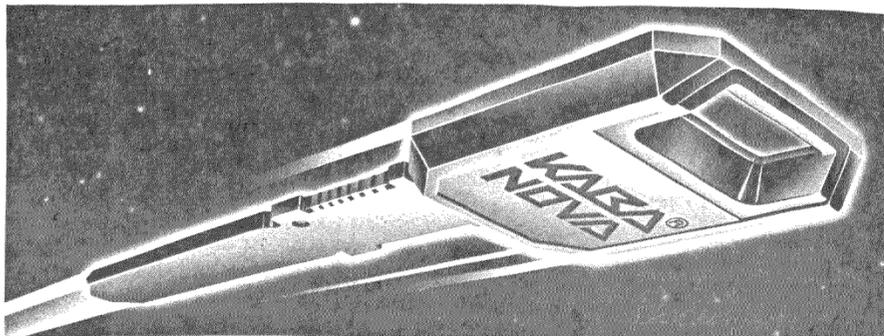
Rufen Sie uns an (Telefon [043] 21 20 81) oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wibüechli» – eine köstliche Lektion für jeden Weinfreund.

**St.-Jakobs-Kellerei
Schuler & Cie. AG
Schwyz und Luzern
Franzosenstrasse 14
6423 Seewen-Schwyz**



**SCHULER-WEINE
St JAKOBSKELLEREI**
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

KABA NOVA - der Schlüssel mit der elektronischen Sicherheit.



Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, so verlangen Sie Unterlagen bei



Bauer Kaba AG
Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach
CH-8620 Wetzikon
Telefon: 01/931 61 11
Telefax: 875481
Telefax: 01/931 63 85

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.



Die Beziehungen zwischen Bundesrat und Parlament

In der Talsohle?

Wie steht es um die Zusammenarbeit zwischen den vier Bundesratsparteien und ihren Vertretern in der Landesregierung? Stützt die Bundesratsparteien die oberste Landesbehörde bzw. regiert diese ohne Rücksichtnahme auf die Bundesratsfraktionen? Fragen, die – gerade nach dem Fiskal-Coup des Bundesrates – in letzter Zeit immer häufiger gestellt werden. «Der Freisinn» hat zu diesem Thema eine kleine Umfrage bei vier freisinnigen Nationalräten durchgeführt.

Das Verhältnis zwischen Bundesrat und Parlament ist in jüngster Zeit strapaziert worden. Worauf führen Sie dies zurück?

Der Fiskal-Coup der Landesregierung hat nicht überall Stürme der Begeisterung ausgelöst. Welche Konsequenzen hat er auf die Zusammenarbeit zwischen Bundesrat und eidgenössischen Räten sowie den Bundesratsparteien?

Das Parlament verfügt nicht über jene «Schluckfähigkeit» bei Vorlagen, wie dies offensichtlich vom Bundesrat vorausgesetzt wird. Worauf führen Sie dies zurück?

Recht häufig erfahren in den Räten Vorlagen gegenüber den Anträgen des Bundesrates erhebliche Veränderungen. Legifert der Bundesrat neben dem Parlament vorbei?

Das Parlament hat verschiedentlich versucht, unabhängiger von den bundesrätlichen Vorgaben zu politisieren. Der Erfolg war zwar nicht in allen Fällen überzeugend. Das Parlament wird seine eigene Stellung stärken müssen, wenn es nicht der Übermacht von Bundesrat und Verwaltung erliegen will. Der Bundesrat empfindet dies oft als Eingriff in seinen eigenen rechtlichen oder faktischen Zuständigkeitsbereich und reagiert entsprechend. Einzelne Vorkehrungen dürfen aber nicht dramatisiert werden.

Der Fiskal-Coup der Landesregierung hat keine Stürme der Begeisterung ausgelöst, sondern viel Vertrauenskapital zerstört. Der Bundesrat hat dabei meines Erachtens den Eindruck, er wolle dem Parlament, das seine Energie-Wust abgelehnt hatte, zeigen, wer in diesem Land regiere. Dass der Fiskal-Coup die Bundesratsparteien vor den Kopf stossen musste, wurde vom Bundesrat leichthin in Kauf genommen. Das Parlament wird inskünftig dem Bundesrat weniger Kompetenzen einräumen können, wenn es befürchten muss, dass nicht mehr nach Treu und Glauben gehandelt werde.

Viele bundesrätliche Vorlagen gelangen unausgereift ans Parlament oder tragen veränderten Zeitumständen nicht Rechnung. Die Räte müssen zusätzliche Unterlagen erarbeiten. Dadurch wird die parlamentarische Arbeit verzögert, die «Schluckfähigkeit» des Parlamentes verringert. Offensichtlich setzt der Bundesrat die Prioritäten oft auch anders als das Parlament. Damit werden Reibungsflächen geschaffen. Schliesslich ist zu berücksichtigen, dass die Konsensfähigkeit des Parlamentes geringer geworden ist. Minderheiten sind nicht mehr ohne weiteres bereit, sich den Mehrheiten zu fügen.

Die verwaltungsinterne Vorbereitung der bundesrätlichen Vorlagen erfordert Zeit. Verändern sich während dieser Vorbereitungszeit die Umstände oder die politischen Strömungen, vermag der Bundesrat nicht rasch genug zu reagieren. Dazu kommt, dass der Bundesrat seine Vorlagen formaler und perfektionistischer ausarbeitet. Es ist Aufgabe des Parlamentes, politischer zu handeln und bundesrätliche Vorlagen auf praktikable, miliztaugliche Anwendung zurückzustutzen. Leider gelingt dies oft nicht. Dann legifert auch das Parlament am Volke vorbei.

Heinz Allenspach (ZH)

Susi Eppenberger (SG)

Das Verhältnis Bundesrat-Parlament wurde schon zu anderen Zeiten «strapaziert». Nur werden diese Strapazen heute von sensationlüsternen Massenmedien vor der Öffentlichkeit breitgewalzt und genüsslich in alle Richtungen gezerrt und gestossen zur eigenen Freude und zur Unterhaltung der Bürgerschaft.

Gerade wegen der Informationsucht der Öffentlichkeit habe ich ein gewisses Verständnis für den Überraschungscoup des Bundesrates. Nur muss er in ähnlicher Weise diese Zollsteuer wieder wegzunehmen bereit sein, sonst verblasst das Argument, dass ein stabiler Ölpreis allen nützt, und der Bundesrat verliert seine Glaubwürdigkeit!

Die Schluckfähigkeit unserer verwöhnten Gesellschaft ist eben auch nicht mehr wie früher. Mehrheitsentscheide gelassen hinzunehmen, dazu fehlt Volk und Parlament heute der Grossmut. Oft geht es leider mehr ums Rechthaben und um den Geichtsverlust als um die Materie selbst.

Ich glaube, viele Vorlagen schliessen heute absichtlich diese Veränderungsmöglichkeiten nicht aus. Ein heutiges Parlament, das mit Kadavergehorsam seinen Bundesräten kopfnickt, wäre kein schweizerisches Parlament und einer direkten Demokratie nicht würdig. Und ein Bundesrat, der aufbauende Kritik nicht verträgt, dem mangelt es an Belastbarkeit.

Kaspar Villiger (LU)

Unser Regierungssystem führt zwangsläufig zu Spannungen zwischen Regierung und Parlament. Während im Bundesrat, einem Gremium von nur sieben Köpfen, die Kompromissfindung trotz unterschiedlichen politischen Auffassungen relativ einfach ist, prallen die Gegensätze zwischen den Regierungsparteien im Parlament voll aufeinander. Weil kein Fraktionszwang besteht, ergeben sich Entscheide oft aus wechselnden Mehrheiten, so dass Abweichungen von bundesrätlichen Anträgen vorprogrammiert sind.

Während die oben erwähnten Differenzen als Preis einer bewährten Konsens-Kultur verkraftbar sind, hat der Heizöl-Coup Wunden hinterlassen. Einige Teilnehmer der Von-Wattenwyl-Gespräche fühlen sich düpiert, viele Parlamentarier sprechen von einem heimtückischen Rachefeldzug wegen der Beerdigung der Energie-Wust, und breite Kreise des Volkes empfinden den fiskalischen Handstreich als mit unseren demokratischen Gepflogenheiten unvereinbar. Ich hoffe, dass der Bundesrat zum politischen Fingerspitzengefühl zurückfindet.

Das Parlament ist überlastet. Da es selber ständig Forderungen stellt und da Volksinitiativen Druck ausüben, kann man die Schuld dafür nicht vornehmlich dem Bundesrat zuschieben. Die Gesetzgebung wird hektischer und weniger sorgfältig, und der früher übliche demokratische Reifeprozess wird durch die Hast behindert. Das muss zu Pannen führen. Viele Vorlagen könnten ohne jeden Schaden fallengelassen oder aufs Eis gelegt werden, um Musse für sorgfältiges Legifrieren bei wichtigen Fragen zu gewinnen. Dazu sollte das Parlament den Mut aufbringen.

Wahrscheinlich ist das Parlament selbstbewusster geworden. Es hat die Funktion der Legislative, und man sollte nicht kritisieren, wenn es sie eigenständig wahrnimmt. Allerdings eignet sich das Parlament wegen der wechselnden Mehrheiten nur bedingt für eine Führungsrolle. Oft sind die Ergebnisse seiner Entscheide widersprüchlich. Vielleicht könnten vermehrte zwanglose Kontakte zwischen Bundesräten und Parlamentariern Spannungsherde eliminieren. Vielleicht liesse sich damit auch eine gewisse bundesrätliche Volksferne entschärfen.

Paul Wyss (BS)

Der Zauber der Zauberformel ist am Verblasen. Der Bundesrat muss intern zu viele Kompromisse schliessen. Die Behandlung der Vorlagen erstreckt sich oft über mehr als eine Legislaturperiode, so dass neue Leute im Parlament bzw. im Bundesrat andere Schlussfolgerungen ziehen. Auch auf Parlamentsstufe wird zu rasch der Kompromiss gesucht, statt zuerst aus grundsätzlichen Positionen die Diskussion aufzunehmen. Man lässt sich zu stark von Modeströmungen (Grüne, NA usw.) beeinflussen. Der Bundesrat kann deshalb seine Führungsaufgabe nur ungenügend erfüllen. Das Parlament – das auch eine Führungsaufgabe hat – erfüllt diese seit längerer Zeit kaum mehr.

Der Bundesrat muss, wenn er mit den Bundesratsparteien Gespräche führt, diese in jeder Beziehung offen führen können, ohne dass darüber Informationen an die Öffentlichkeit gelangen und deshalb die unerlässliche Diskretion gefährdet wird. Offenbar hatte man vor dem letzten Gespräch im Von-Wattenwyl-Haus Angst davor. So etwas darf sich nicht wiederholen, will man nicht die Vertrauensbasis zwischen Regierungsparteien und Bundesrat in Frage stellen. Sonst müsste man diese Gespräche sistieren.

Man könnte die Frage auch umkehren: Das Parlament erteilt dem Bundesrat zu viele Aufgaben. So oder so: die Grenze des Zumutbaren ist erreicht. Das hat aber gar nichts damit zu tun, dass wir ein Milizparlament sind. Das wäre bei einem Berufsparlament auch der Fall.

Die Demokratie hat ihre Grenzen. Das Rücksichtnehmen auf Vernehmlassungen und Experten aller Gruppierungen führt schon auf der Stufe Bundesrat oft zu Kompromissvorlagen. Vor lauter Konsensfindung auch innerhalb der Räte und auf Grund der Zeitachse ergeben sich dann öfters Differenzen zwischen Bundesrat und Parlament. Kommt hinzu, dass man sich innerhalb der Bundesratsparteien oft sehr kritisch den eigenen Bundesräten gegenüber verhält. Gründe: siehe erste Antwort.

Sozialschutz als gesetzgeberisches Problem

Leere Vorwürfe gegen Konsumkreditgesetz

Wenn alles normal läuft, werden die eidgenössischen Räte in der Sommer- oder Herbstsession mit dem Konsumkreditgesetz ihre weitaus älteste Pendeuz definitiv verabschiedet. Angesichts wachsender Missstände rund um Kleinkredite und Abzahlungsgeschäfte war 1971 von liberaler Seite eine parlamentarische Initiative eingereicht worden. Der Bundesrat und seine Experten brauchten dann nicht weniger als sieben Jahre zur Erstellung einer Botschaft. In der Folge lag das Geschäft vier Jahre beim Nationalrat und zwei in der Ständekammer. Und auch die Differenzvereinbarung kostete die beiden Räte nochmals mehr als zwei Jahre.

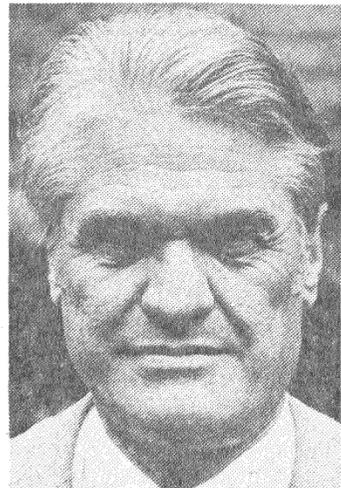
Schon dieser langwierige äussere Ablauf zeigt, dass es sich um einen schwierigen, teilweise schwer fassbaren Gegenstand handelt. Zwar war man sich über all die Jahre hinweg einig, dass es tatsächlich einer Missbrauchsgesetzgebung bedürfe. Doch über Ausmass und Form gingen die Meinungen weit auseinander. Dazu war nicht zu übersehen, dass der einschlägige Geschäftsbereich – sicherlich nicht zuletzt unter dem Eindruck der politischen Diskussionen – eine Art von Selbstreinigung durchmachte.

Damit änderte sich zwar nichts an der Ausgangsfrage, auf welche Weise ein angemessener Sozialschutz verwirklicht werden könne, um chronische Überschuldungen und entsprechende Sozialfälle einzudämmen. Doch wurde das Problem wesentlich entdramatisiert. Es erhoben sich sogar Stimmen, welche das Gesetz als nunmehr überflüssig bezeichneten und die Übung abbrechen wollten.

Jedenfalls bekam die Vorlage in der Folge ein wesentlich verändertes Gesicht. Angesichts der 600 000 Kleinkredite und der prozentual geringen Zahl von Problemfällen war von einem echten Markt und einem klaren Konsumbedürfnis auszugehen, das nicht durch eine allzu rigorose Reglementierung abgewürgt werden sollte. Von dieser Einsicht hat sich nunmehr die deutliche Mehrheit des Nationalrates in ihren Beschlüssen leiten lassen.

Dieser Verlauf der Dinge hat teilweise herbe Kritik ausgelöst, bis hin zur Unterstellung, das

Parlament sei zum Opfer der Bankenlobby geworden. So einfach liegt die Sache doch wohl nicht. In den letzten Jahren ist der Bürger immer sensibler geworden, wenn es um neue oder verfeinerte Reglementierungen gegangen ist. Wenn sich das Parlament nun seinerseits auch mehr und mehr auf diese Linie begibt, wenn es bei seiner gesetzgeberischen Arbeit immer ge-



nauer danach fragt, ob eine bestimmte Regelung auch wirklich notwendig sei und auch tatsächlich so dicht sein müsse, dann weiss es sich mit dem Grossteil der Bürger im Grundsatz einig. Denn allzu oft hat es sich erwiesen, dass besonders enge Reglementierungen keineswegs zum voraus die bessere Lösung darstellen.

Was das Konsumkreditgesetz im speziellen betrifft, so kann man dem Parlament gewiss nicht vorwerfen, es habe sich die Sache zu leicht gemacht. Und gerade weil es so gründlich vorgegangen ist, fällt auch der Vorwurf, man sei einseitigen Interessenvertretern und blossen Stimmungsmachern aufgesessen, völlig ins Leere. Natürlich ist das Endergebnis ein gutes Stück vom ursprünglichen Antrag des Bundesrates entfernt. Doch erstens ist das Parlament nun wirklich nicht nur zum blossen Ja-Sagen da. Und zweitens gehört das Konsumkreditgesetz ohne Zweifel zu jenen Fällen, die selbst den Bundesrat zum Eingeständnis bewegen könnten, im Laufe der Verhandlungen auch seinerseits klüger geworden zu sein.

Richard Reich
FDP-Nationalrat, Forch ZH

Lustloses Ja zu neuem Verfassungsrecht im Nationalrat

Koordinierter Verkehr im Hürdenlauf

Als eines der Ergebnisse der vor 14 Jahren begonnenen Expertenarbeit für ein Gesamtverkehrskonzept befindet sich seit Dezember 1982 eine Verfassungsvorlage vor der Bundesversammlung. Eher lustlos hat sich der Nationalrat in der vergangenen Märzsession hinter dieses Paket gestellt. Dazu ein Kommentar von FDP-National Hans-Georg Lüchinger (Wettswil a. A., ZH):

Die Vorlage will in zwei Verfassungsartikeln den Verkehr auf Schiene und Strasse global ordnen und seine Finanzierung neu regeln. Schon im Ständerat hatte es die Vorlage schwer; nun ist sie im Nationalrat mit eher bescheidener Stimmzahl verabschiedet worden.

Seilziehen um die Finanzierung

Über die Notwendigkeit der stärkeren Förderung des öffentlichen Verkehrs besteht überall Einigkeit, mit Nuancen natürlich. Das Kreuz liegt bei der Finanzierung. Ein Goldesel für die Bahn ist noch nicht gefunden. Neue Mittel müssen erschlossen werden. Da lag der Gedanke nahe, solche aus den sprudelnden Quellen des

Strassenbaus abzuzweigen, insbesondere aus den Treibstoffzöllen.

In den vorgeschlagenen Verfassungsartikeln wird dies mit sehr allgemeiner Umschreibung und schwer abwägbaren Konsequenzen stipuliert. Dabei wird dem Bund im gleichen Zug eine unbefristete Kompetenz für die Erhebung von Verkehrsabgaben erteilt, während im Land herum noch für zwei Volksinitiativen gegen die Schwerverkehrsabgabe und für eine dritte gegen die Autobahnvignette Unterschriften gesammelt werden.

Der Bürger will mitreden

Die Aussichten der Verfassungsvorlage vor dem Volk sind nicht rosig. Zu zahlreich sind die Hunde, die den Hasen jagen werden.

So willig und grosszügig der Bürger wahrscheinlich für konkrete Bahnprojekte an der Urne Mittel freigeben wird, so widerwillig dürfte er sie sich über wenig klare Verfassungskompetenzen ohne Kenntnis ihres konkreten Einsatzes aus der Tasche ziehen lassen. Versuche, der Vorlage einen referendumpolitisch realistischeren Inhalt zu geben, sind im Nationalrat gescheitert.

Nun wird der Ständerat die bei näherer Sicht gar nicht so tiefgreifende Differenz betreffend die Bundesmitwirkung beim öffentlichen Regionalverkehr zu beheben haben. Und nachher wird eben der Souverän entscheiden müssen.

Bahnausbau geht in jedem Fall weiter

Beruhigend ist, dass der Ausbau der Bahnen unabhängig vom Schicksal der Verfassungsartikel über den koordinierten Verkehr weitergeführt werden kann. Auch das Projekt «Bahn 2000» lässt sich ohne sie realisieren. Und befristete Finanzumlegungen aus den Treibstoffzollzuschlägen mit klarer quantitativer Begrenzung sollten sich für dieses und für andere konkrete Vorhaben nötigenfalls vor dem Volk durchbringen lassen. Der Tatkraft unseres tüchtigen Verkehrsministers werden daher durch die etwas mühsame Schaffung von neuem Verfassungsrecht keine Bremsklötze angesetzt.

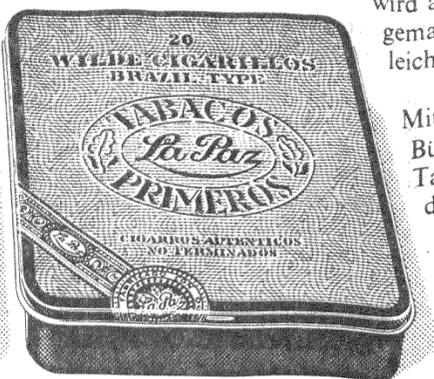


Allein schon die Zusammensetzung dieser Runde gibt Aufschluss darüber, was zur Diskussion steht: die Revision des Asylgesetzes. V. l. n. r.: der neue Delegierte des Bundesrates für das Flüchtlingswesen, der frühere Winterthurer FDP-Stadtrat Peter Arbenz, Franz Neff, persönlicher Mitarbeiter von Bundesrätin Kopp, sowie FDP-Nationalrat Hans-Georg Lüchinger (ZH). (Photo ruti)

Wilde Brazil aus echtem Brasil.



10 Stück/Fr. 7.-



20 Stück/Fr. 8.50

Nicht jede dunkle Cigarre ist eine echte Brasil. Denn nicht jede «Brasil» wird aus echten Brasil-Tabaken mit einem makellosen Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia gemacht. Darum hat auch nicht jede «Brasil» den tropisch warmen Duft mit dem leicht süsslichen Aroma der echten Brasil-Cigarre.

La Paz macht die Brasil so, wie eine Brasil sein soll: Aus Brasil-Tabaken. Mit eigenem Charakter; mild, aber voll im Geschmack. Mit dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. Aus sorgfältig ausgewählten Tabaken der besten Provenienzen. In Ruhe gereift und langsam fermentiert, damit sich der ganze Reichtum des Aromas entwickelt. Und ohne Retusche.

La Paz Wilde Brazil werden mit Behutsamkeit und traditioneller Fachkenntnis hergestellt. So, wie es sich gehört. Brasil-Raucher schätzen das.



Cigarros Autenticos.

Unser Porträt: Ein Ortsparteipräsident

Bolliger: «Wir Ortsparteien müssen viel offensiver werden»

In den letzten «Freisinn»-Ausgaben wurden verschiedentlich eidgenössische FDP-Parlamentarier vorgestellt. Diesmal ist ein Ortsparteipräsident an der Reihe, der Wirtschaft und Politik miteinander verbindet:

«Wir brauchen noch viel mehr unternehmerische Persönlichkeiten in der FDP, damit wir zu einer echten Volkspartei werden», sagt Arthur Bolliger, seit einem Jahr Präsident der FDP Teufen (AR), hauptberuflich Generaldirektor der in Zürich ansässigen Dow Banking Corporation. Der 38-jährige Politiker ist ein gutes Beispiel dafür, dass innerhalb der Freisinnigen Partei junge Politiker heranwachsen, welche das liberale Credo des Freisinns in die neunziger Jahre tragen können.

Der, wie seine Freunde bestätigen, «leidenschaftliche Appenzeler» hat sich mit grosser Energie in den Dienst seiner Ortspartei gestellt. Höchste Priorität hat die Verankerung der Partei im Volk. Die Mitgliederwerbung, die intensiv betrieben wird, hat zweistellige Zuwachsraten zur Folge. Gleichzeitig wird den wichtigen kommunalen Vorlagen grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Eine günstige Steuerpolitik ist für Arthur Bolliger eine wichtige Voraussetzung. Bolliger ist ganz für «Weniger Staat», realisiert dies aber, indem er die Nachwuchsförderung für die Behörden ernst



nimmt und entsprechend geeignete Kandidaten unterstützt.

«Wir Ortsparteien müssen viel offensiver werden», ist ein häufig zu hörender Satz. So lud er – mit überwältigendem Erfolg – Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz zu einem Vortrag nach Teufen ein. Der Charme des nationalen Magistraten konnte zwar an dem Uno-Verdikt – auch in Teufen – nichts ändern, aber der persönliche Erfolg für ihn war unbezweifelbar. Gleich danach traten auf Bolligers Initiative die Nationalräte Blocher (SVP) und Jaeger (LdU) in Teufen gegeneinander an. Den Mitgliedern und der Öffentlichkeit wurde etwas geboten.

Bolliger fordert ungeteilten und vollen Einsatz für die FDP. Seine enge Verbundenheit mit der Heimatgemeinde, wo er trotz Arbeitsplatz Zürich immer noch seinen Wohnsitz beibehält, hinderte ihn nicht daran, in einem internationalen Konzern Karriere zu machen. Der ehemalige Lehrling bei der SKA St. Gallen trat 24-jährig in die Zürcher Dow Banking Corporation ein, wurde mit dreissig Jahren stellv. Finanzdirektor der Dow Chemical Europe in Horgen bei Zürich und mit 34 Jahren Generaldirektor der Dow Banking Corporation, die an den wichtigsten Schweizer Börsen kotiert ist. «Es ist kein Widerspruch, gleichzeitig international und national zu sein», sagt Bolliger. «Die Schweiz lebt davon, dass die Ge-

Was nun?

Nach dem Uno-Nein

Die Uno-Abstimmung liegt hinter uns. Nach dem Staatsbegebnis erster Klasse, das in dieser Form eine logische Folge und Quittung für mehr als zehn Jahre eidgenössischer Politik gewesen ist, stellt sich nun die Frage nach dem «Wie weiter?». Einige Gegner des Uno-Beitrittes (erfreulicherweise längst nicht alle) sind zwar der Ansicht, dass die Aussenpolitik des Departements hervorragend, die Mitarbeit des Parlamentes und die Information des Volkes ausgezeichnet seien, kurz: dass man ja nichts ändern müsse, sondern schleunigst zur viel wichtigeren Innenpolitik zurückzukehren habe. Ist dies richtig?

Selbstverständlich ist es die erste Aufgabe der eidgenössischen Räte, für die innenpolitische Ordnung der Schweiz zu sorgen. Auch jetzt stehen in der laufenden Session wichtige Traktanden zur Diskussion. Der Abstimmungskampf der letzten Wochen hat aber zusätzlich eines deutlich gezeigt: Die Information über die schweizerische Aussenpolitik, über die Stellung der Schweiz im internationalen Rahmen, über die Abkommen, denen die Schweiz beiträgt, ist mangelhaft, manchmal auch bei den eidgenössischen Parlamentariern. Die zweite Aufgabe des eidgenössischen Parlamentes, nämlich über die Aussenpolitik des Bundesrates zu wachen und vor allem diese mitzugestalten und kritisch zu prüfen, ist eben bis jetzt nicht oder kaum erfüllt worden, wie jedermann unschwer anhand der Protokolle der eidgenössischen Räte selbst nachprüfen kann. Was aber nicht in den eidgenössischen Räten diskutiert wird, findet auch nicht Eingang in die Presse und wird damit auch nicht dem Volk bekannt. Wie der Abstimmungskampf gezeigt hat, ist es völlig unmöglich, in zwei Monaten nachholen zu

wollen, was während Jahren versäumt worden ist. Eine solche «Gewaltübung», wie die vergangene Informationskampagne des Departements, wird denn auch zu Recht vom Stimmbürger als Beeinflussungsversuch und Manipulation zurückgewiesen.

Hier gilt es nun meiner Ansicht nach, in den nächsten Jahren Verbesserungen anzubringen. Das Departement hat sich zu öffnen, aussenpolitische Themen müssen vermehrt ein Thema der eidgenössischen Räte werden. Damit ist nicht gemeint, dass man nun beginnen sollte, an der bewährten, traditionellen Neutralitätspolitik der Schweiz zu diskutieren und zu rütteln. Dass diese unser Massstab ist und bleiben soll, wird von niemandem bezweifelt und ist auch erneut in der Uno-Abstimmung bekräftigt worden. Aber zwischen diesem allgemeinen und unbestrittenen Grundsatz und der Alltagspolitik, die es auch hier gibt, besteht ein grosser, freier Raum, den man sehr wohl diskutieren kann und muss, ohne dass zu befürchten ist, die Schweiz falle deswegen auseinander. Dem Vernehmen nach wollen Mitglieder der Aussenpolitischen Kommission des National- wie des Ständerates (Befürworter und Gegner des Uno-Beitrittes) hier nun endlich etwas aktiver werden. Aussenpolitik, die nicht vom Parlament und damit auch vom Volk mitgetragen wird, ist nämlich nicht viel wert.

Noch eine zweite Schlussfolgerung: In der Abstimmung ging es ja um den Beitritt der Schweiz zur Uno, zu einer internationalen Organisation, deren Hauptsitz und Haupttätigkeitsfeld weit weg von der Schweiz liegt. Auch hier musste man oft schlichtes Nichtwissen feststellen. Diese Wissenslücken sind nun freilich eher der Presse anzulasten. Die Berichterstattung über Vorgänge im Ausland

ganz allgemein und über die Uno im besonderen (Verhandlungen der Generalversammlung und der Kommissionen, aber auch der Spezialorganisationen, wo die Schweiz ja Mit-



glied ist) muss in den Zeitungen meistens auf ganz kleinem Raum zusammengepresst werden und kann deshalb, auch bei allen Bemühungen des Auslandredaktors, gar nicht so präzise und ausführlich sein, wie sie sollte. Was zudem oft fehlt, ist der Bezug auf die Schweiz und das Aufzeigen von möglichen Folgen für unsere politische Stellung. Solange die Aussenpolitik allein vom Bundesrat geführt wurde und im übrigen ein Hobby einiger Völkerrechtler und Historiker gewesen ist, spielte dies keine grosse Rolle. Seit 1977 aber kennt die Schweiz das Mitspracherecht des Volkes auch in der Aussenpolitik. Damit besteht auch hier eine neue und wichtige Aufgabe gerade der geschriebenen Presse.

Aus diesem Grunde halte ich den vergangenen Abstimmungskampf für oder gegen den Beitritt der Schweiz zur Uno für äusserst wertvoll. Er zeigte uns, wo Mängel in unserem politischen System vorhanden und wo Verbesserungen möglich und notwendig sind.

Regula Frei-Stolba,
FDP-Grossrätin, Aarau

Neuorganisation der Territorial-Kreise?**Vorschlag von Nationalrat Cincera**

Der Bundesrat soll die Umwandlung der Territorial-Kreise und Territorial-Regionen in Territorial-Regimenter prüfen. Dies regt in einem Postulat Nationalrat Ernst Cincera an. Eine solche Reorganisation wäre nach Ansicht des freisinnigen Zürcher Parlamentariers ohne neuen Bedarf an Truppen, sondern mittels neuer Unterstellung zu regeln. Ziel dieser Massnahmen wäre die Anpassung der Kommandostrukturen und Gliederungen der Territorialformationen an die üblichen Strukturen der Armee, eine effizientere Sicherstellung des territorialdienstlichen Auftrages sowie eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den zivilen Partnern.

Die Territorial-Kreise und -Regionen bestehen heute aus grossen Stäben mit sehr wenig direkt unterstellten Truppen. In den Konzepten werden nach Ansicht von Nationalrat Cincera den zivilen Partnern Versprechungen zur Unterstützung gemacht, welche in Wirklichkeit nicht eingehalten werden können. Notwendige Mittel müssten in fast allen Fällen zuerst angefordert werden, was die Führungsstruktur kompliziert und im Ernstfall zu grossen Zeitverlusten führen würde. Durch eine Umstrukturierung der Territorial-Kreise und -Regionen in Territorial-Regimenter könnten die Stäbe reduziert werden und durch die Unterstellung der notwendigen Mittel die zugewiesenen Aufgaben besser und rascher gelöst werden. Die Neuorganisation verlange keine zusätzlichen Truppen, da alle Mittel bereits vorhanden seien, jedoch in der Hand höherer Kommandostellen. Die Schaffung von Territorial-Regimenten erfordere auch keine Änderungen der territorialdienstlichen Aufgaben und geographischen Grenzen, hält Nationalrat Cincera in der Begründung seines Vorstosses fest.

gensätze zu einer Synthese geführt werden.»

Die Situation der FDP vor den Wahlen im kommenden Jahr beschäftigt ihn stark. «Wir müssen zeigen, dass wir unseren Auftrag auch erfüllen. Dann stehen die Wähler hinter uns.» Zu diesem Zweck verlangt er eine intensive Kommunikation zwischen Parteispitze und Basis. Gleichzeitig müsse die Wirtschaft sich aber auch bewusst werden, dass bürgerliche Politik ihren Preis habe, und dafür geradestehen.

Entscheid respektieren**Die FDP zur Uno-Abstimmung**

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat nach der Uno-Abstimmung vom 16. März folgende Pressemitteilung veröffentlicht:

Die FDP der Schweiz hat vom klaren Ausgang des Urnenganges über den Beitritt unseres Landes zur Uno Kenntnis genommen. Sie anerkennt und respektiert den Mehrheitsentscheid von Volk und Ständen. Die schweizerische Partei hatte sich für einen Beitritt ausgesprochen, während die überwiegende Zahl der Kantonalparteien die Nein-Parole beschloss. Abweichende Stellungnahmen waren zu erwarten, da es sich bei dieser Abstimmung weder um eine existentielle Grundfrage der Schweiz handelte, noch die Abstimmungsempfehlung vom Parteiprogramm vorgezeichnet war. Zur dauernden und bewaffneten Neutralität der

Schweiz, zu der sich sowohl Befürworter wie Gegner des Uno-Beitritts im Vorfelde dieses Urnenganges nachdrücklich bekannt haben, gehört nach Ansicht der FDP der zielgerichtete Einsatz unseres vielfältigen aussenpolitischen Instrumentariums als aktiver Beitrag zur Friedenssicherung. Die Tatsache, dass die Schweiz ihren Wohlstand nicht nur der Tüchtigkeit ihrer Bewohner verdankt, sondern auch dem Export und den Dienstleistungen im weltweiten Austausch, verlangt Solidarität und Verantwortung gegenüber dieser Welt. Nach Meinung der FDP kann und soll die Schweiz vermehrt ihre Guten Dienste anbieten und aktiv an der Bewältigung der grossen Probleme unserer Zeit mitwirken sowie sich weltweit für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie einsetzen.

Volksinitiative für ehe- und familiengerechtere Bundessteuern!**Forderung**

Den gegenüber den Alleinstehenden erhöhten Lebenshaltungskosten wird besser Rechnung getragen durch:

- einen milderen Steuertarif für die Verheirateten und Halbfamilien
- einen erhöhten Kinderabzug
- einen erhöhten Miterwerbsabzug, wenn beide Ehegatten berufstätig sind.

Auswirkungen

- Deutlicher Abbau der heute starken Mehrbelastung der Ehepaare gegenüber den Konkubinatspaaren
- Keine Mehrbelastung für die Alleinstehenden, weil die geforderten Korrekturen massvoll sind.

Fazit

Die Initiative bringt allen etwas:

- den Ehepaaren mit oder ohne Kinder
- den Halbfamilien
- allen Steuerpflichtigen, weil eine Steuererhöhung durch Verschärfung der Progression verhindert wird.

Unterschreiben auch Sie!

Unterschriftenkarten sind beim FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern (031) 22 34 38 erhältlich.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

Seit mehr als sechs Jahren von den Sowjets unterdrückt

Vergessenes Afghanistan?

Seit mehr als sechs Jahren führt die Sowjetunion einen Krieg gegen die Bevölkerung in Afghanistan. Auslandredaktor Jacques Baumgartner zeigt die aktuelle politische Situation auf:

Bei der Begegnung mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan im vergangenen November in Genf gab der sowjetische Parteichef Michael Gorbatschew zu verstehen, «man» sei der verlustreichen Verstrickung müde und suche nach einer politischen Lösung. Seither geht der Krieg gesteigert weiter, was im Westen kaum zur Kenntnis genommen wird, wohl aber ein angeblicher Abzugsplan der Sowjets. Dieser gehört zur «Image»-Pflege des neuen Chefs im Kreml zu Moskau. In Wahrheit denken die Sowjets nicht an eine Preisgabe der afghanischen Beute.

Der Andeutung von Gorbatschew eines möglichen Abzuges war wenige Tage zuvor die Aufforderung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (Uno) in New York vorausgegangen, «alle ausländischen Streitkräfte» müssten sich aus Afghanistan zurückziehen. Nach der Lektüre des Berichts des österreichischen Professors Felix Ermacora über «Die Lage der Menschenrechte in Afghanistan» drückte dieselbe Versammlung ihr «tiefes Bedauern darüber aus, dass die afghanischen Behörden mit Unterstützung fremder Truppen ohne Respekt für die Verpflichtungen der internationalen Menschenrechte handeln». Die Menschenrechtsverletzungen «von grossem Ausmass» hätten bewirkt, dass «die Existenz ganzer Volksgruppen in Gefahr ist»...

Regime dürfte politisch kaum überleben

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan begann am 27. Dezember 1979. Angeblich hatte die Regierung von Babrak Karmal in Kabul den Kreml um militärische Hilfe gebeten. Babrak Karmal be-

fand sich jedoch zu jenem Zeitpunkt nicht in Afghanistan, sondern auf dem Flug von Prag nach Kabul, wo schon sowjetische Soldaten gelandet waren.

Seither ist es den Sowjets nicht gelungen, der von ihr eingesetzten und an der Macht gehaltenen afghanischen Regierung nach innen und nach aussen Legitimität oder Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Das Karmal-Regime ist politisch isoliert, in sich zerstritten, ideologisch und stammesbedingt.

Seit drei Jahren verhandeln unter Uno-Schirmherrschaft in Genf indirekt Afghanistan und Pakistan. Bisher weitgehend erfolglos. Vergangenen Dezember unterbreitete der afghanische Aussenminister, Schah Mohammed Dost, dem stellvertretenden Uno-Generalsekretär, Diego Cordovez, einen Truppenrückzugsplan, der offiziell nie bekanntgegeben wurde. Afghanistan will einen solchen Schritt erst tun, wenn sich Pakistan zu direkten Gesprächen von Regierung zu Regierung bereit erklärt. Dieses Ansinnen lehnte jedoch der pakistanische Aussenminister, Sahabzada Jaquar Khan, ab. Direkte Gespräche bedeuteten nämlich eine direkte Anerkennung des Regimes in Kabul durch Islamabad. Pakistan besteht darauf, dass sich die Sowjetunion für den Abzug verbürgt.

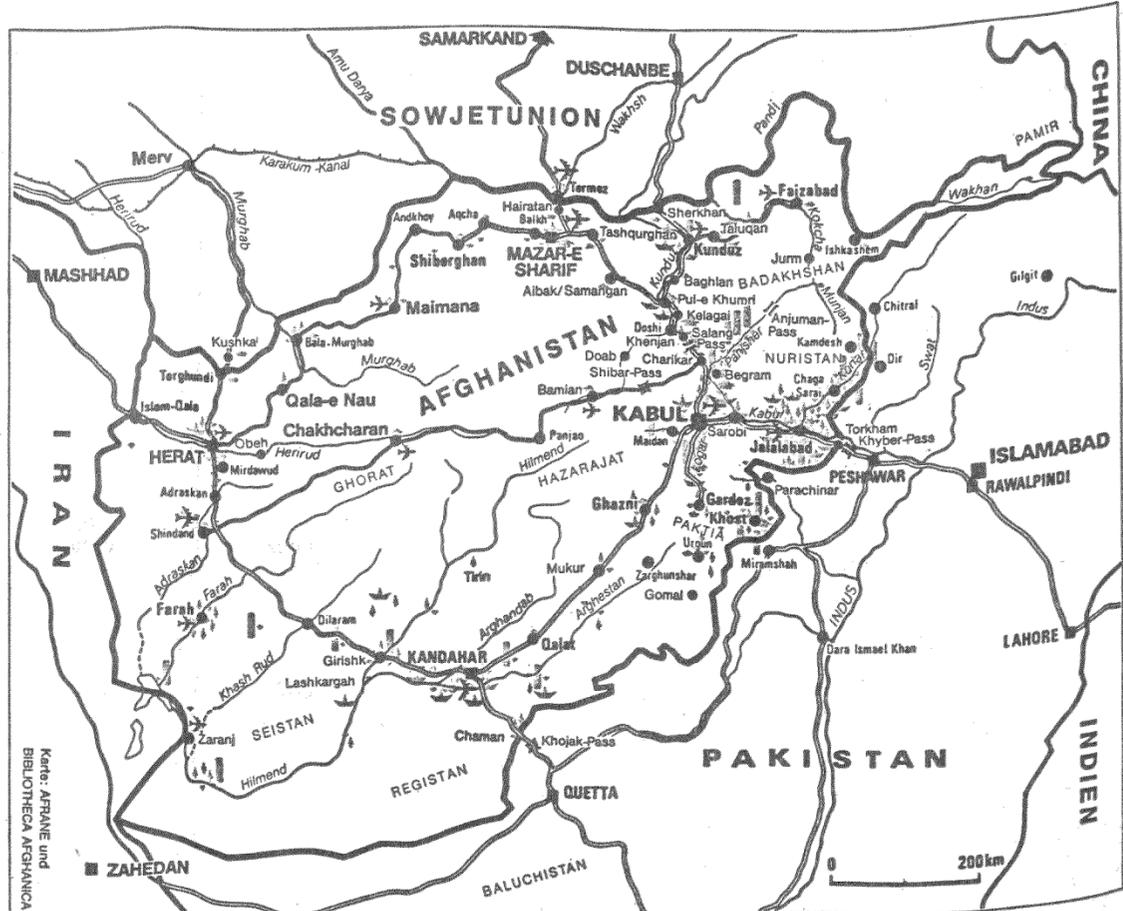
Doch daran denkt der Kreml nicht. Er verlangt als Vorbedingung ebenfalls direkte Gespräche zwischen Kabul und Islamabad... womit, zumindest nach aussen hin, Babrak Karmal jene Legitimität erhielt, die ihm bisher ausserhalb der sowjetischen Welt verweigert wurde. Und ausserdem, ein Abzug ist für den Kreml eine rein sowjetisch-afghanische Angelegenheit, die dereinst «bilateral» zu regeln sein werde...

Langfristig gedacht

Die Sowjets ziehen sich erst zurück, wenn das Überleben ihrer Marionetten-Regierung in Afghanistan gesichert und international garantiert ist. Amerikanische Friedensvorschläge, die unter anderem freie Wahlen beeinhalteten, lehnt Babrak Karmal entschieden ab. Laut der sowjetischen Regierungszeitung «Iswestija» vom 13. Januar verdammt er die Vereinigten Staaten wegen ihrer «Aggression und Einmischung». Die Vorschläge aus Washington ignoriert die «Errungenschaften der Revolution» und dienten lediglich den amerikanischen «imperialistischen Interessen».

In Moskau wird langfristig gedacht und disponiert. Möglicherweise wird in fünf Jahren «die politische Lösung» perfekt, das heisst, die Welt wird bereit sein, sie zu akzeptieren. Die Methode ist nicht neu. Sie wird in Kabul bereits praktiziert und nennt sich, die «Basis der afghanischen Revolution erweitern». Die kosmetische Änderung besteht darin, das einige Nichtkommunisten in die Regierung aufgenommen werden. Am 3. Januar pries die sowjetische Parteizeitung «Prawda» die afghanische Version der Basiserweiterung als eine Art der Zusammenarbeit, «um das Blutvergiessen zu beenden und die Lage zu normalisieren». Nicht-Parteimitglieder hätten Ministerposten erhalten, fünf weitere seien zu stellvertretenden Ministern erhoben worden.

In bemerkenswerter Offenheit erläutert die «Prawda» die Änderungen damit, dass es kein Geheimnis sei, dass die «Reformen im Zuge der Revolution nicht von allen afghanischen Gesellschafts-



schichten gleichermaßen aufgenommen wurden». Diese Haltung sei nichts Überraschendes in einem unterentwickelten Land wie Afghanistan, wo die «Mehrheit der Bevölkerung des Lesens nicht kundig, Gefangener jahrhundertalter Tradition ist». Um Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen, benötige nun Afghanistan eine «Atmosphäre des positiven Gesprächs zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kräften...».

Widerstand ist grösser

Nichts Neues in dem Sinne, als beispielsweise auch in osteuropäischen Parlamenten kommunistischer Staaten die Vertreter nicht-kommunistischer Parteien sitzen, gelegentlich einen stellvertretenden Ministerposten bekleiden, aber die Schlüsselstellungen hält die allmächtige und -gegenwärtige kommunistische Partei. Zudem sind die Verfassungen derart «getrimmt», dass auch Nicht-Kommunisten kein anderer als «sozialistischer» Spielraum möglich ist.

Neu an diesem «Prawda»-Artikel hingegen ist, dass der Widerstand gegen das vom Kreml in Kabul eingesetzte kommunistische Regime grösser, weitgefächerter ist, als bis anhin zugegeben wurde, dass die Opposition nicht ausschliesslich das Ergebnis «ausländischer Einmischung» ist.

Verweigerter Besuch

Und wie viele Afghanen werden morgen in Afghanistan noch am Leben sein? Professor Felix Ermacora verfasste seinen (zweiten) Afghanistan-Bericht im Auftrag der Uno. Er hätte ihn allerdings nicht bewerkstelligen können, wenn er nicht von privater Seite unterstützt worden wäre. In einer Resolution verurteilte die Uno-Generalversammlung die Folgen, «die wahllose Bombardements und militärische Operationen für die Zivilbevölkerung haben».

Ermacora verfasste seinen Bericht auf Grund von Aussagen afghanischer Zeugen, die in Flüchtlingslagern in Pakistan leben. Obwohl er offizieller Sonderberichterstatter der Weltorganisation für Afghanistan war, verweigerte ihm das Regime in Kabul einen Besuch im Lande.

Der österreichische Professor erhielt bei seinen Befragungen «zahlreiche Informationen über Menschenrechtsverletzungen», so über «Massenmorde an Zivilpersonen, vor allem an Kindern und Frauen, Einsatz von Personenmi-

nen und Spielzeugminen, Missachtung der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen und über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten».

Nach Ermacora flüchteten etwa vier Millionen Afghanen (ein Drittel der Bevölkerung) ins Ausland, vornehmlich nach Pakistan und Iran. Es gibt andere Schätzungen, die von sechs Millionen afghanischer Flüchtlinge sprechen. Die aus ihren Dörfern vertriebenen Flüchtlinge im Landesinneren schätzt Ermacora auf etwa anderthalb Millionen.

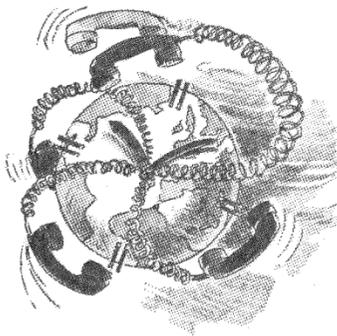
Als wichtigste Ursache für den Strom von Flüchtlingen nennt Ermacora die systematische Zerstörung von Dörfern, Ernten und Viehhabe durch Flächenbombardements. Sein Bericht umfasst eine Liste von bevorzugten Massakern, summarischen Massenhinrichtungen. Von Januar bis August letzten Jahres seien über 30 000 Zivilisten solchen «Aktionen der Besatzer» zum Opfer gefallen. In die ungezählten Tausenden gehen die Opfer von Hunger, Krankheit, die Verstümmelten... vorab Kinder, denen Spielzeugminen (wegen ihres Aussehens auch «Schmetterlingsminen» genannt) eine Hand oder einen Fuss abgerissen haben. Über die allgemeinen Lebensbedingungen heisst es im Uno-Bericht zusammenfassend, dass ein Überleben

(für die bisher Überlebenden) immer schwieriger werde.

Spetznaz mit Schalldämpfer

Die sowjetische Soldatenpräsenz wird heute auf etwa 150 000 Mann geschätzt. Ihnen stehen an die 200 000 Widerstandskämpfer (Mujaheddin) gegenüber. Dem gesteigerten sowjetischen Kriegseinsatz dürfte letztes Jahr die Hälfte der Anführer des Widerstandes zum Opfer gefallen sein. Die grösste Schwäche der Widerstandskämpfer ist ihre Uneinigkeit. Der Widerstand ist nach wie vor gespalten, zerstritten. Einzelne Mujaheddin-Gruppen führen «lokale Kriege» gegen die Besatzer. Sie weigern sich, ihre Täler zu verlassen, mit den anderen Freiheitskämpfern zu kooperieren, den Widerstand zu koordinieren. Die stammesbedingte Zerstrittenheit geht soweit, dass «man» sich nicht einmal sowjetische Truppenbewegungen gegenseitig meldet.

Sie Sowjets haben sich an den Guerillakrieg angepasst. Sie setzen immer mehr Spezialeinheiten ein. Diese legen Hinterhalte, überfallen nachts Dörfer, in denen Mujaheddin vermutet werden. - Abzug aus Afghanistan? Die sowjetischen Generäle dürften kaum willens sein, eine Niederlage einzugestehen. Abzug ja, aber erst nachdem der letzte Afghane gefallen ist.



WIR KAUFEN UND VERKAUFEN DEVISEN. RUND UM DIE UHR UND RUND UM DIE WELT.

Bei Devisengeschäften zählen oft Sekunden und immer die bessere Information. Dass wir dabei die Nase vorn haben, ist das Geheimnis der Fine Art of Banking.

JB^{co}B
BANK JULIUS BAR
THE FINE ART OF BANKING
Zürich London New York